

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 8 gespaltene Kolonnen-Zelle 60. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Weyh. Druck von E. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittags 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstraße 7, 2. St. - Fernsprech-Anschluss 8002.

Höhere Lebensmittelpreise — höhere Arbeitslöhne!

Wohl die traurigste und gleichzeitig widerlichste Begleiterscheinung des gegenwärtigen Krieges ist das Treiben der Lebensmittelpreise. Während alle Bevölkerungsschichten unseres deutschen Vaterlandes einträchtig zusammenhalten, um unser Volk gegen die englische Hungerpolitik zu verteidigen, haben jene Leute es fertig gebracht, durch künstliche Mittel eine Hungersnot herbeizuführen. Und da darf man wohl fragen, was für einen Zweck es haben soll, die englische Hungerpolitik zu bekämpfen, wenn die Hungerpolitik in unserem eigenen Lande die große Masse des Volkes zwingen, sich die schlimmsten Entbehrungen aufzuerlegen. Und man darf auch wohl fragen, wie lange das deutsche Volk es noch dulden soll, daß eine Bande von Wucherern und Spekulanten die augenblickliche schwere Zeit dazu benutzt, Extragewinne herauszuschlagen und sich damit die Taschen zu füllen.

Es hieße Wasser ins Meer gießen, wollten wir auch nur mit einem einzigen Satz näher auf das Wesen und die Wirkungen der Lebensmittelpreierhöhung eingehen. Darüber läßt sich nichts Neues mehr sagen, denn alle unsere Leser haben die Folgen dieser Teuerung am eigenen Geldbeutel gespürt. Ebenjowenig ist es auch unsere Absicht, die Frage zu erörtern, welche Mittel und Wege anzuwenden sind, um den Wucherern das Handwerk zu legen. Es scheint ja, als ob alle maßgebenden Faktoren: Staat, Gemeinden und Konsumanten-Organisationen, trotz besten Willens nicht die Macht besitzen, normale Preise durchzusetzen. Die Hungerpolitik sind zu greifen und haben auch zu viel Einfluß, als daß man ihnen in wirksamer Weise an die Gurgel fahren könnte, ganz abgesehen davon, daß es unmöglich ist, hinter ihre Kniffe und Schliche zu kommen und die eigentliche Quelle des Übels zu verstopfen. Wir müssen uns also einstweilen damit abfinden, daß die Volksmassen gezwungen sind, während des Krieges und wahrscheinlich auch noch nach dem Kriege Lebensmittelpreise zu bezahlen, die weit über den Preis sind als sie der Kriegszustand und die dadurch herbeigeführte Knappheit rechtfertigt.

Wenn wir nun auch heute und in absehbarer Zeit mit den hohen Preisen rechnen müssen, so enthebt uns das nicht der Pflicht, Vorschläge zu machen für einen Ausgleich zwischen dem notwendigen Lebensunterhalt und den dafür aufzubewendenden Kosten. Daß ein solcher Ausgleich notwendig ist, braucht wohl nicht erst näher begründet zu werden. Die angemessene Ernährung und die übrige normale Lebenshaltung der proletarischen Volksschichten spielt eine große Rolle für die Gesundheit und Leistungsfähigkeit unseres Volkes. Es gilt nicht nur das Volk gesund zu erhalten, sondern es muß ihm auch die Möglichkeit gewährleistet werden, nach wie vor die Arbeitskraft in normaler Weise verausgaben zu können. Darum ist diese Angelegenheit eine Sache, die man nicht vom Standpunkt der Menschlichkeit oder der Wohlthätigkeit aus betrachten und behandeln muß, sondern von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus. Und da zeugt es wirklich von einer geringen Einsicht, wenn man die hungernden Arbeitermassen mit den Worten zu beruhigen sucht, es sei eine patriotische Pflicht jedes einzelnen, sich mit der Verteuerung der Lebensmittel abzufinden und sich in seiner Lebensweise den veränderten Verhältnissen anzupassen. Das ist eine Verdrehung des Sachverhalts; es ist nicht die patriotische Pflicht, das Volk hungern zu lassen, indem man es mit salbungsvollen Lebensarten abspießt, sondern die höchste Pflicht besteht darin, den Arbeiterfamilien die Möglichkeit einer ausreichenden Ernährung zu gewähren, damit die gegenwärtige und die künftige Generation imstande ist, ihre Aufgabe innerhalb der Gesellschaft zu erfüllen.

Offenbar gibt es nur ein einziges Mittel, die Wirkungen der höheren Lebensmittelpreise abzuschwächen, und das ist die entsprechende Erhöhung der Arbeitslöhne. Ganz folgerichtig sind denn auch die Arbeiter der verschiedensten Gegend und Berufsgruppe an ihre Arbeitgeber mit dem Ersuchen herangetreten, ihnen zeitweilig die Löhne zu erhöhen oder — anders ausgedrückt — ihnen eine Teuerungszulage zu geben. Mit dieser Bitte — denn von einer nachdrücklichen Forderung kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine Rede sein — haben sie verhältnismäßig wenig Entgegenkommen gefunden. Sehr viele Arbeitgeber haben sich überhaupt ablehnend verhalten, andre haben nur einen geringen Zuschlag gewährt. Nur ein verhältnismäßig geringer Bruchteil der Unternehmer hat eine halbwegs ausreichende, d. h. den Teuerungsverhältnissen entsprechende Lohnzulage gegeben. Und doch gibt es wohl keine Maßregel, die volkswirtschaftlich so begründet ist und wirtschaftlich so segensreich wirken würde wie die Gewährung von Teuerungszulagen.

Bekanntlich entschuldigen die Kapitalisten die höheren Warenpreise mit den höheren Unkosten. Die Bauern fordern höhere Fleischpreise, weil die Futtermittel teurer geworden seien, die Industriellen gehen mit den Preisen ihrer Waren in die Höhe, weil die Produktionskosten gestiegen seien, und die Groß- und Kleinhändler sagen, wenn alles teurer geworden sei, so müßten sie auch mehr verdienen, um dem Schaden nachzukommen. Ganz in derselben Weise begründen auch die Arbeiter die Notwendigkeit einer entsprechenden Lohnerhöhung. Sie sagen nämlich, daß auch

die von ihnen feilgehaltene Ware, ihre Arbeitskraft, teurer geworden sei und deshalb auch teurer verkauft werden müsse, weil es größere Unkosten verursache, sie herzurichten und auf den Markt zu bringen. Der Wert der Arbeitskraft wie der Wert jeder andern Ware wird bestimmt durch die Herstellungskosten. Wenn letztere steigen, so muß naturgemäß auch der Wert der betreffenden Ware steigen. Warum soll dies volkswirtschaftliche Gesetz für alle Waren gelten, nur nicht für die menschliche Arbeitskraft? Warum will man die Arbeiter, die Besitzer der Ware zu Arbeiter, anders behandeln als die Besitzer aller andern Waren? Vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus betrachtet, liegt hierzu nicht der geringste Grund vor, und auch unser wirtschaftliches Leben würde eine größere Kaufkraft bedeuten, die ja wieder dem Handel und dem Gewerbe wie nicht minder auch der Landwirtschaft zugute kommt. Es zeugt also von einem Mangel an Einsicht, wenn es Leute gibt, die die Berechtigung von Teuerungszulagen in Abrede stellen und die Meinung vertreten, wo alles teurer werde, müsse einzig und allein die Arbeitskraft den alten Preis innehalten, was selbstverständlich eine verhältnismäßige Herabsetzung des früheren Preises in sich schließt.

Bedauerlicherweise müssen wir die Beobachtung machen, daß selbst Arbeitgeberorganisationen und ihre Leiter kurzzeitig genug sind, die Notwendigkeit von Lohnzuschlägen zu verkennen. Am den Schein zu wahren, verkriechen sie sich hinter die tariflichen Abmachungen, die sie mit ihren Arbeitern in normalen Zeiten getroffen haben. Sie ermahnen ihre Mitglieder, an den bestehenden Löhnen festzuhalten und sich auf keinerlei Lohnzulagen einzulassen. „Haltet euch vor dem ersten Schritt!“ heißt es in einer solchen Rundgebung, „denn wenn erst die Grenze überschritten ist, dann steigt die Zulage von Monat zu Monat, und die Tarifverträge werden vollständig beiseite geschoben werden. Den Arbeitnehmern muß vor Augen geführt werden, daß ihr Streben nach Teuerungszulagen die Tarifverträge ernstlich gefährdet, indem es den Gegnern der Tarifgemeinschaften Wasser auf ihre Mühle treibt. Wer etwaigen Ansprüchen nach einer Lohnerhöhung oder einer Lohnzulage nachkommt, der schädigt seine Berufsgenossen. Der Anspruch der Arbeitnehmer auf eine Lohnzulage muß als unberechtigt abgelehnt werden.“

Daß diese Beweisführung falsch ist, haben wir bereits genügend nachgemessen. Der Arbeiter, der ein lebhaftes Interesse daran hat, daß seine Gesundheit und seine Arbeitsfähigkeit auch während des Krieges normal bleiben, hat einen wohl begründeten Anspruch darauf, daß sein Lohn, der ihm eine normale Lebenshaltung gewährleisten soll und der auf normale Lebensmittelpreise zugeschnitten ist, während der gegenwärtigen Teuerungsverhältnisse entsprechend erhöht wird. Dieser Anspruch wird durch die Tarifverträge gar nicht berührt oder etwa ganz hinfällig. Die Tarifverträge sollen nur die unterste Grenze einer proletarischen Lebenshaltung gewährleisten, dürfen aber den Arbeiter nicht hindern, seine Lohnverhältnisse den Teuerungsverhältnissen anzupassen. Es handelt sich hier um ein wichtiges Gut unseres Volkes, nämlich um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiterklasse, und wenn irgendwo, so haben hier die Arbeitgeber Gelegenheit, zu zeigen, daß es ihnen Ernst ist mit der Sorge für ein gesundes, kräftiges Deutschland, das allen Stürmen gewachsen ist. Br.

Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1913.

Die Krankenversicherung.

Die neugeschaffene Reichsversicherungsordnung hat auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung eine Reihe weitgehender Änderungen hervorgerufen, die besonders auch die Organisation der Krankenversicherung betrafen. Seit 1912 sind bereits die Hilfsklassen als Träger der Versicherung fortgefallen, und mit Beginn des Jahres 1914 sind die Gemeindekrankenstellen und Baukrankenstellen aufgehoben und die Landkrankenstellen neu eingeführt worden. Durch diese Änderungen wird die Vergleichbarkeit der Jahresstatistiken mit den früheren bis zum Jahre 1911 stark beeinträchtigt, und erst mit der fortschreitenden Zeit wird dieser Mangel allmählich überwunden werden.

Die fünf Klassenarten, welche nach dem Ausscheiden der beiden Hilfsklassengruppen für die Statistik noch in Frage kommen, zählten 1913 zusammen 21 342 (1912: 21 659) Klassen; ihre Zahl ging gegen das Vorjahr um 317 zurück. Dagegen stieg die Zahl der Klassenmitglieder um 348 768. Es waren in allen Klassen 1913: 13 566 473 (13 217 705 *), darunter 4 127 401 weibliche Mitglieder vereinigt. Rechnet man zu dieser Zahl noch die 932 877 Personen hinzu, die 1912 den Knappschaftsklassen angehörten (für 1913 liegen Angaben noch nicht vor), so ergibt sich, daß 1913 insgesamt rund 14 1/2 Millionen Personen gegen Krankheit versichert waren; das ist über ein Fünftel der Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches. Nicht eingeschlossen sind hier-

* Die eingeklammerten Zahlen bedeuten die Vergleichszahlen des Jahres 1912.

bei die Mitglieder der Ersatzklassen, doch handelt es sich bei diesen Klassen wohl hauptsächlich um doppelversicherte Personen.

Läßt man die Gemeindeversicherung, da sie jetzt nicht mehr besteht, außer Betracht, so haben die Betriebskrankenstellen mit 36,1 Prozent den größten Anteil an der Gesamtzahl der Klassen. Trotzdem bilden die Ortsklassen den überwiegenden Bestandteil der Krankenversicherung, denn sie vereinigen mit 57 Prozent reichlich die Hälfte aller Mitglieder. Ihre Bedeutung drückt sich denn auch in der verhältnismäßig hohen Durchschnittsquote aus, die auf jede Klasse an Mitgliedern entfällt. Auf jede Ortskrankenstelle kommen im Durchschnitt 1654 und auf jede Betriebskrankenstelle 482 Mitglieder, während die Durchschnittsrate aller Klassen 635 Mitglieder beträgt.

Die Zahl der mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Erkrankungsfälle steigerte sich von 5 633 956 im Vorjahr auf 5 710 251 im Jahre 1913. Das ist ein Mehr von 76 295 Fällen, das ungefähr der gestiegenen Mitgliederzahl entspricht. Auf je 100 Mitglieder kamen 1912: 42,6 und 1913: 42,1 Krankheitsfälle. Der Stand der Erkrankungsfälle ist demnach gegen das Vorjahr um ein geringes günstiger geworden. Das gleiche kann jedoch nicht von der Krankheitsdauer gesagt werden; hier ist eine Verschlechterung eingetreten. 1912 kamen auf je 100 Mitglieder 849 und 1913: 865 Krankheitstage (Unterstützungstage). Die Dauer eines Erkrankungsfalles betrug im Durchschnitt 1912: 19,9 und 1913: 20,6 Krankheitstage.

Auch die Sterblichkeitsziffer stellt sich 1913 günstiger als im Vorjahr. Es sind 81 581 Sterbefälle zu verzeichnen, darunter 62 212 männlicher und 19 369 weiblicher Personen. Hierbei sind indes die Sterbefälle bei der Gemeindeversicherung nicht einbezogen, da diese keine Sterbeunterstützung gewährte. Auf je 100 Mitglieder kamen 1912: 0,72, dagegen 1913: 0,69 Sterbefälle.

Die Entwicklung der Krankenversicherung zeigt eine ständige Aufwärtsbewegung ihrer Leistungen. Die Krankheitskosten sind in einer fortgesetzten Steigerung begriffen; von 1912 bis 1913 ist die Erhöhung dieser Ausgaben sogar erheblich. Es betrug die Gesamtsumme an Krankenkosten 390 686 552 Mk. (359 737 713 Mk.); sie machten 30 948 839 Mk. mehr aus als 1912. Der auf jedes Klassenmitglied entfallende Durchschnittsanteil an Krankenkosten stieg von 27,22 Mk. im Jahre 1912 auf 28,80 Mk. im Berichtsjahr. Es wurden verausgabt für ärztliche Behandlung 93 941 390 Mk. (85 633 295 Mk.), für Arznei und Heilmittel 60 317 655 Mk. (54 706 040 Mk.), für Kur- und Verpflegungskosten in Heilanstalten 58 933 621 Mk. (53 553 500 Mk.), für Rehabilitationen für 341 816 Mk. (307 475 Mk.), an Krankengeld 161 541 356 Mk. (150 398 441 Mk.), für Wöchnerinnen 7 578 774 Mk. (7 206 043 Mk.) und an Sterbegeldern 8 031 940 Mk. (7 932 919 Mk.).

Die Gesamtausgaben der Krankenversicherung beliefen sich 1913 auf 515 746 575 Mk. (481 392 169 Mk.), darunter befinden sich 28 251 065 Mk. Ausgaben für die Verwaltung. Die Gesamteinnahmen betrugen 1913: 539 327 974 Mk. (503 948 705 Mk.), die Vermögensbestände bezifferten sich auf 310 867 936 Mk. (307 231 994 Mk.) und in den Reservefonds waren vorhanden 285 915 198 Mk. (281 391 704 Mk.).

In die Statistik nicht mit einbezogen sind die Ersatz- und die Knappschaftsklassen.

Die Unfallversicherung.

Auf dem Gebiet der Unfallversicherung kommen als Versicherungsträger in Frage 68 gewerbliche und 49 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften, ferner die staatlichen, kommunalen und provincialen Behörden für Verkehr und Bauausführungen sowie 14 Zweiganstalten von Berufsgenossenschaften, von denen 13 den Baugewerkschaften angehören und eine der Seeberufs-genossenschaft angegliedert sind.

Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß bei den gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften zirka 3,3 Millionen Versicherter als doppelt gezählt erscheinen, dürfte die Gesamtzahl der im Jahre 1913 gegen Unfall versicherten Personen rund 26 Millionen betragen.

Die zusammenfassende Darstellung der Rechnungsergebnisse aller Träger der Unfallversicherung läßt erst mit erschreckender Deutlichkeit erkennen, welch große Opfer an Leben und Gesundheit alljährlich das werktätige Volk im Dienst der Arbeit zu bringen hat. Es kamen 1913 insgesamt 7 89 373 Unfälle (742 422) zur Anmeldung, und zwar bei den gewerblichen Versicherungsträgern 581 211, bei den landwirtschaftlichen 139 487, bei den Ausführungsbehörden 66 163 und bei den Zweiganstalten 2512. Auf je 1000 Versicherte kamen 1913: 27,04 gemeldete Unfälle gegen 26,04 im Vorjahr. Die amtliche Statistik bemerkt zu diesen Zahlen, daß sie im allgemeinen noch hinter der Wirklichkeit zurückbleiben, da ein Teil Unfälle — der bei den einzelnen Berufsgenossenschaften halb größer, halb kleiner sein dürfte — trotz der gesetzlichen Meldepflicht nicht zur Anmeldung kommt.

Die Unfälle ereignen sich und die Unfallsfolgen sind nur zu erkennen auf Grund der von den Versicherungsträgern gemachten Angaben über die im Laufe des Jahres erstmalig eingetretenen Unfälle. Es handelt sich hierbei um alle

Der dritte Punkt der Tagesordnung beschäftigte sich mit der Frage der Preisbildung. Mit Rücksicht auf die allgemeine Teuerung wurden die Fabrikanten verpflichtet, folgendes Rundschreiben an ihre Kundschaft zu erlassen:

Die fortschreitende Steigerung der Preise für Rohstoffe und Hilfsmaterialien und die allgemeine Verteuerung der Herstellungskosten zwingen uns, abermals von heute ab einen Aufschlag einzutreten zu lassen, und zwar von:

- 25 Prozent auf alle technischen und chirurgischen Artikel aus Weichlauteholz, auf gummierte Stoffe, auf Dringmaschinen und Walzen mit Eisen,
50 Prozent auf Platten, Stäbe, Röhren und technische Hochpressungen aus Hartlauteholz,
25 Prozent auf alle übrigen Waren aus Hartlauteholz einschließlich Kämmen.

Konferenzeringe und Glasflaschen werden zu jeweiligen Tagespreisen berechnet.

Die neuen Aufschläge werden von den bisherigen Preisen (Grundpreisen + bisherigen Aufschlägen) berechnet.

Zur Frage der Herstellung von künstlichem Eiweiß.

Vor mehreren Wochen ging durch die Presse eine Notiz, wonach es möglich sei, aus Ammoniumsulfid durch Vermittlung von Hefe Eiweiß zu bilden, welches vorerst als tierisches Futtermittel Verwendung finden könnte. Mit dieser neuen Entdeckung geht es gerade so wie mit der Erfindung des künstlichen Kautschuks; die Darstellung ist möglich, das Produkt aber noch nicht konkurrenzfähig.

Genossenschaftsbewegung.

Das Tarifamt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hielt am 27. Juli 1915 in Hamburg eine Sitzung ab. Es gelangten zunächst einige Anträge zur Verhandlung, an denen auch die Verbände der Handlungsgehilfen und Fabrikarbeiter interessiert waren.

In Fällen, wo der am 8. April gefasste Beschluß über die Feriengewährung nicht durchführbar ist, empfiehlt das Tarifamt Verhandlungen zwischen den Tarifkontrahenten, um eine Verständigung zu erzielen.

Das Tarifamt behandelte außerdem die Frage, wie es mit den aus dem Kriege zurückkehrenden Angestellten und Arbeitern der Genossenschaften zu halten sei, die wieder ihre Tätigkeit in den Genossenschaften aufnehmen.

Ob die Kriegsteilnehmer als in der Genossenschaft verbrachte Arbeitszeit anzusehen ist, hat die Genossenschaft zu entscheiden.

Der Beschluß hat auch jugendmäßige Anwendung zu finden, wenn der aus dem Krieg Zurückkehrende in die Dienste einer anderen Genossenschaft als die, in der er vorher tätig war, eintritt.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die Probe aufs Exempel.

Seit Kriegsausbruch ist wiederholt die Notwendigkeit eines besseren Zusammenarbeitens der verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen hervorgehoben worden. Von den Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften kam sogar eine offizielle Anregung zu bindenden Vereinbarungen für das Zusammenarbeiten nach dem Kriege.

Die drei Verbände der Gärtnervereine - der Allgemeine deutsche Gärtnerverein (als der älteste), der Deutsche nationale Gärtnerverband (als der zweitälteste) und der Verband deutscher Privatgärtner (als der jüngste) - sind bisher noch nicht hervorgetreten, um ihrerseits die Verantwortlichkeit zu übernehmen, daß auch sie von dem Geiste der Einigkeit, des Einigensinnens und des Willens zu einer Gewerkschaftsarbeit, die auf gegenseitigen Vertrauen begründet ist, befeuert sind.

Die drei Verbände der Gärtnervereine - der Allgemeine deutsche Gärtnerverein (als der älteste), der Deutsche nationale Gärtnerverband (als der zweitälteste) und der Verband deutscher Privatgärtner (als der jüngste) - sind bisher noch nicht hervorgetreten, um ihrerseits die Verantwortlichkeit zu übernehmen, daß auch sie von dem Geiste der Einigkeit, des Einigensinnens und des Willens zu einer Gewerkschaftsarbeit, die auf gegenseitigen Vertrauen begründet ist, befeuert sind.

Der Beschluß ist durchwegs anwendbar in der Form, und es ist sehr wichtig, daß die anderen Verbände ebenfalls so, wie es hier vorgeschrieben ist, ein Zusammenarbeiten überhaupt bereit zu sein.

legen, nicht umhin können, sich zu dem Aufruf zu erklären. Auf das Ergebnis kann man gespannt sein. Anerkennung verdient auf jeden Fall der Mut und die Konsequenz, mit der Genosse Albrecht, Mißbeurteilungen nicht scheuend, als erster mit einem offenen Aufruf hervortritt, um zu einem Vertrag zu kommen, von dessen Nützlichkeit, ja Notwendigkeit er überzeugt ist.

Unser Verband in der 56. Kriegswoche.

Für die Woche vom 22. bis 29. August haben 307 Zahlstellen rechtzeitig Berichte eingefandt. Diese hatten bei Kriegsausbruch 156 647 männliche und 23 670 weibliche, zusammen also 180 317 Mitglieder.

Die Arbeitslosigkeit war immer noch gering. Die schon seit Ende Juli andauernde Wahrung der Arbeitslosen hat allerdings auch in der Berichtswache andauernd; sie ist jedoch so geringfügig, daß sie zu Befürchtungen keinen Anlaß gibt.

Erwerbsunfähig krank waren 1055 männliche und 334 weibliche, zusammen 1589 Mitglieder, an die 9385 Mk. Krankenunterstützung ausgezahlt wurden.

In der folgenden Tabelle sind nicht die Ergebnisse der Erhebung aus den berichtenden Zahlstellen, sondern diejenigen, die wir voraussichtlich erhalten würden, wenn alle Zahlstellen Bericht erbracht hätten, zusammengefaßt.

Table with 5 columns: Berichtstag, Arbeitslos insgesamt, von je 100 Mitgliedern, zum Kriegsdienst eingezogen insgesamt, von je 100 männlichen Mitgliedern. Rows include dates from 9. August to 28. August.

Korrespondenzen.

Leipzig. Letzte Zahlstelle hielt am 19. August ihre Quartalsversammlung ab. Der Inhalt in die Tagesordnung wurde der im zweiten Quartal vorfindenden vier Kollegen und einer Kollegin, sowie den in derselben Zeit gestellten 25 Kollegen die letzte Sitzung in der üblichen Weise eröffnet.

Die erweiterte Ortsverwaltung fand ein weites Betätigungsfeld in den zahlreichen Unterhaltungsgegenständen, auf welchen in einer einzigen Sitzung weit über fünfzig erledigt werden. Nach und nach sind nun die Kollegen Ludwig, Albrecht, Feinke, Kühn, und zuletzt Kollege Bodenstedt eingezogen worden.

Eine besonders lebhafte Aussprache wurde über die Angelegenheit des Antrages an die Besondere Heimatsdan geführt. Das Ergebnis der Aussprache war die gegen zwei Stimmen erfolgte Annahme eines Antrages, der besagte: Ein Antrag an den Verein Heimatsdan von Seiten der Zahlstelle hat zu unterbleiben.

rungszulage. Eine behauerliche Gleichgültigkeit beherrschte die Arbeiterhaft der Kraftfahrerwerke in Hühls-Grenenberg. Der Betrieb arbeitet mit Hochdruck in Kriegslieferungen, an dem gehörigen Profit, den die Firma dabei macht, wozu es nicht fehlen; die Bezahlung ist aber keineswegs der Zeit entsprechend.

Bilanz der Abrechnung vom 1. Quartal 1915.

Table with 2 columns: Item, Amount in Mark. Sections include 'Gesamt-Einnahme' and 'Gesamt-Ausgabe'.

Bilanz.

Table with 2 columns: Item, Amount in Mark. Shows 'Gesamt-Einnahme' and 'Gesamt-Ausgabe'.

Table with 2 columns: Item, Amount in Mark. Lists various expenses like 'An Erwerbslosen-Unterstützung', 'An Streit-Unterstützung', etc.

Verbandsnachrichten.

Vom 31. August an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein: Dsnabrid 46,40, Bergedorf 500, Ohrdruf 100, etc.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitglieds-Bücher und -Karten.

Table with 5 columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsdatum, Eintrittsdatum, Eingetretten in. Lists members like Friedrich Heise and Andreas Renjol.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Aufkam. Bernold eingezogen. Christian Mörz, Diebitz 1, Hof. Eisenberg (S.A.). Sturm eingezogen. Louis Martin, Köhlerstraße 22, I. St. Richard Helm, Ralypian 4.